

Leipziger Tageblatt

und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vorort jährlich 1,20 M. (Postgebühren 10 Pf.), für den Rest des Reichs jährlich 1,50 M. (Postgebühren 15 Pf.). Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren 5 Pf.).

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Weimarer Republik, des Reichsgerichts Leipzig, sowie verschiedene andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: für Leipzig und Vorort 10 Pf. (Postgebühren 5 Pf.), für den Rest des Reichs 12 Pf. (Postgebühren 7 Pf.).

№. 73

Donnerstag, den 10. Februar

1921

Briands Verteidigung

Paris, 10. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Bei Beginn der gestrigen Aussprache der Kammer legte der Finanzminister Briand seine Auseinandersetzungen vor. Er erklärte, daß die französische Vertretung auf der Pariser Konferenz verfehlt hat, 15 Prozent der deutschen Ausfuhr zu verschauern, und daß der 12prozentige Satz nur zum Ausgleich geschaffen worden ist. Der Wert der deutschen Ausfuhr hat in den 40 Jahren nach 1870 um 400 Prozent zugenommen. Deutschland war damals siegreich. Es ist also besser, die Ausfuhr von Frankreich während der gleichen Periode zu verschauern, welche um 230 Prozent zugenommen hat. Die französische Regierung hat angenommen, daß Deutschland seine Ausfuhrzahl von 1913 in fünf Jahren wieder erreichen wird. Die Wertverhältnisse haben sich seitdem geändert und werden niemals wieder so billig werden, wie sie vor dem Kriege waren, und man hat deshalb den Koeffizienten von 1,7 gewählt. Mit dieser Wahrscheinlichkeitsrechnung kam man zu einer durchschnittlichen Annuität von 3 Milliarden, die bis 42 Jahre 63 Milliarden darstellt. Der Anteil Frankreichs würde nach dem 22prozentigen Satz von 63 Milliarden 450 Millionen Goldmark für die festen Annuitäten und 33 Milliarden 167 Millionen für die variablen Annuitäten, d. h. im ganzen 77 Milliarden 21 Millionen Goldmark betragen. In dem Pariser Abkommen hat die französische Regierung das Maximum dessen erreicht, was zu erreichen war.

Damit wurde die allgemeine Diskussion geschlossen. Es wurden verschiedene Tagesordnungen beantragt, u. a. die der Abw. Belle vor, die Abstimmung aufzuschieben, und zwar nach Geschäftsreglement, ohne daß die Vertretung zu entscheiden hat, mit der Begründung, daß eine auf der Tribüne genannte Ziffern einander widersprechen, und daß in der ganzen Frage noch nicht genügend Klarheit geschaffen worden ist.

Briand befragte hierauf die Tribüne und führte aus: Es wäre gefährlich für die Kammer, den Antrag von Belle anzunehmen. Es ist richtig, wenn Belle sagt, es wären in vier verschiedenen Sitzungen vier verschiedene Ansichten auf der Tribüne vertreten worden, und daß es unmöglich ist, diese Ansichten bezüglich der Ziffern miteinander in Einklang zu bringen. Aber Belle machte den Fehler, daß er davon absieht, als ständen wir vor zwei entgegengesetzten und entgegengesetzten Abkommen, welche die Kammer zu ratifizieren hat. Die Lage ist jedoch ganz anders. Die Regierung hat aus Höflichkeit der Kammer die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen die Verhandlungen von London eingeleitet werden. Wenn das Kabinett von London zurückkommt, dann wird es von der Kammer verlangen, daß sie seine Haltung billigt. In die Pariser Konferenz ist der Ministerpräsident mit dem Willen gegangen, die Rechte Frankreichs geltend zu machen, nicht ohne dabei seine Wünsche zur Schau zu stellen, allein aber auch mit dem Wunsch, die Solidarität mit den Alliierten und mit den früheren Regierungen nicht zu brechen. Die Weimarer Konferenz ist im Grunde genommen eine permanente Konferenz von Vertretern der verschiedenen Regierungen, und wenn schon in dieser eine einheitliche Einigung nicht zustande kommt, ist es unmöglich, zum Ziele zu kommen. Energievolle Männer waren an der Spitze der Kommission (Anspielung auf Poincaré) und sie sind nicht an der Spitze geblieben, weil sie nicht Redensarten abgeben konnten, die zwei zwischen den Regierungen direkte einheitliche Auffassungen beinhalten müßten. Man hätte die Welt nicht in einer tödlichen Unwissenheit lassen dürfen. Man hat dann nichts unversucht gelassen, um die Dinge zu verwickeln. In Vaulogne hat man die Idee der Unmöglichkeit in Höhe der Möglichkeit umgedreht. Zweifellos ist sicher, daß Deutschland seine finanzielle Leistungsfähigkeit mit Verschleierungsworten umschreibt. Was springt in die Augen. Aber die Sachverständigen haben die Zahlungsfähigkeit nicht akzeptiert ohne vorherige genaue Kontrolle, und erst dann haben sie ihre Ziffern aufgestellt. Um unsere Guthaben mit den deutschen in Einklang zu bringen, hat man variable Annuitäten vorgeschlagen. Wenn Deutschland sofort alles zahlen könnte, wäre das das Beste. Es ist richtig, mit Ziffern zu arbeiten, sie zu kapitalisieren und zu dekapitalisieren. Deutschland wird zahlen, wenn wir Kraft haben, und wenn wir gemeinsam mit den Verbänden den Willen haben, Deutschland zahlen zu machen. Die variablen Annuitäten werden die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands anspornen, um weitere Zahlungsmittel zu finden. Wenn ich morgen auf Wiedersehen sollte, so werden Sie sehen, Herr Briand, daß ich eine schwache Regierung bin. Aber wenn ich diese Operation (gemeint sind die Zwangsmaßnahmen) allein machen sollte, so werde ich es nicht tun. Ich werde es nur gemeinsam mit anderen Verbänden tun. Wenn morgen die Stunde der Zwangsmaßnahmen schlägt, so werde ich bis zur letzten Minute gemeinsam mit meinen Verbänden vorgehen. Man kann auch anderer Ansicht sein. Es steht Ihnen frei, meine Herren. Denken Sie sich, daß ein anderer Weg möglich ist, so sagen Sie ihn. Dann werde ich wieder in die Reihen zurücktreten, glücklich darüber, daß ein anderer mehr kann als ich. Die Presse hat den Augen ihrer Leser eine fata Morgana von Ziffern unterbreitet. Die Presse hat eben eine gewisse Unabhängigkeit. Die Opfer, die wir gebracht haben, so schwerhaft sie auch scheinen, sind nicht ohne Kompensationen. Man hat eine Strafkampagne gegen Frankreich unternommen. Die Anklage ist, daß sich alle Rechenarbeit ablesen von dem wahren Bestandsstande in Frankreich. Nach sozialistischen ist dies ein Beispiel für die ganze Welt, daß Frankreich auch noch dieses Opfer gebracht hat. Aber Frankreich ist damit an die äußerste Grenze seiner Opfer gelangt. Wir haben auf der Konferenz eine Reihe von Zwangsmaßnahmen beschlossen, die ebenso wirksam sind wie gewisse andere Zwangsmaßnahmen. Aber wir werden sie von den anderen Zwangsmaßnahmen nicht lösen. Wenn wir auf anderem Wege auf Widerstand stoßen, werden wir mit unseren Alliierten das Notwendige vornehmen. Das Schicksal Deutschlands liegt in seinen eigenen Händen.

Nachdem noch verschiedene Redner Tagesordnungen beantragt hatten, wobei u. a. Forgesot der Regierung des Vertrauens verweigerte, erklärte Briand, daß er nur die Tagesordnung des Obertages abnehmen könnte.

Ober der Tagesordnung erklärte, er lege sich Rechenschaft ab von den Schwierigkeiten der Regierung und von dem Umstand, daß die Kritik sich gegen die Verbände gerichtet habe, und sprach der Regierung sein Vertrauen aus.

Auch Cardon meldete sich noch einmal zum Wort. Er erklärte, er habe nicht den Eindruck, daß die Diskussion klarer geworden sei, je

Möge sie gebauert habe. Er unterstülte noch einmal die von ihm verteilte Ansicht und hob folgende Punkte hervor: Die Verminderung des französischen Guthabens beträgt 35 v. H. Der Koeffizient, der für die Wiederregulierung der Verbändeten in Rechnung gestellt wird, beträgt 1,7.

Louchet erwiderte hierauf: Das ist ein Irrtum, Sie haben noch nicht begriffen!

Darauf kam es zur Abstimmung. Drei Resultate sind in ihrer Reihenfolge diese: 395 von 478 Stimmen gegen eine Aufschubung, 430 von 495 Stimmen zugunsten der Priorität der Behandlung des Antrages Forgesot, und schließlich 387 von 512 Stimmen zugunsten der Tagesordnung Forgesot, die der Regierung das Vertrauen ausspricht.

Bayern gibt nach

Wie wir im heutigen Morgenblatt bereits mitteilten, hat die bayerische Regierung sich entschlossen, in der Entwaffnungsfrage nachzugeben und dem Standpunkte der Reichsregierung sich anzuschließen. Die vorläufige Erklärung der Reichsregierung, die Wolff diese Nacht verbreitete, sollte hauptsächlich der Beruhigung der Organe dienen. Ueber die Verhandlungen am Mittwoch berichtet das "V. T.":

Die Fraktionsführungen der Koalitionsparteien über die Antwort des bayerischen Kabinetts an die Reichsregierung wurden den ganzen gestrigen Tag fortgesetzt und führten erst in späteren Abendstunden zu einer grundsätzlichen Einigung. Der deutschdemokratische Fraktion gehörte dabei das Verdienst, manche Schärfe ausgeglichen und den Ausgleich angebahnt zu haben; sie fand dabei die Unterstützung des bayerischen Bauernbundes, während in den Reichsparteien ein Teil der bayerischen Volkspartei sich jeder sachlichen Annäherung an den Standpunkt der Reichsregierung widersetzte. Die Verhandlungen der Koalitionsparteien gehen heute weiter, werden aber im wesentlichen nur noch redaktionellen Charakter haben, um die definitive Formulierung festzusetzen. Dann wird sich der Ministerrat nochmals damit beschäftigen und die Antwort, wenn er diese genehmigt hat, nach Berlin weitergeben. Der Tenor des vom Ministerrat genehmigten und von den Koalitionsparteien gestützten Beschlusses ist folgender:

Die bayerische Regierung kann von ihrem Standpunkte über die Zweckmäßigkeit einer einheitlichen Behandlung der Pariser Weimarer Verhandlungen nicht abgehen, wie sich aber in der Entwaffnungsfrage den Anordnungen, die die Reichsregierung für notwendig hält, und verfassungsmäßig verfahren wird, nicht widersetzen. Die Verantwortlichkeit dafür muß sie jedoch der Reichsregierung überlassen. Bayern ist nach wie vor gewillt, die schwere Last, die der Friede von Versailles uns auferlegt hat, gemeinsam mit den Ländern und dem Reiche zu tragen.

Die bayerische Erklärung besagt also, daß Bayern sich zwar nicht dem Diktat von Paris, wohl aber einem Beschluß der Reichsregierung fügt, ob dieser nun aus eigenem Antrieb oder unter dem Druck feindlicher Gewalt gefaßt wird. Es ist in hohem Maße erfreulich, daß sich dieser Wille in München durchsetzen konnte. Denn die Führer der Fraktionen, die mit dem Ministerpräsidenten von Kahr in den letzten Tagen eifrig Besprechungen gepflogen haben, mußten sich wohl die Konsequenzen einer eventuellen Widerlegung gegen die Forderungen der Entente vor Augen halten. Was wäre denn geschehen? Marschall Foch, der in den Rheinländern bereits größere Truppenmassen zusammenstellt, hätte München besetzt und die Auflösung der Einwohnerwehren gewiß mit weniger Rücksicht durchgeführt, als es nun die bayerische Regierung können wird. Die Erinnerung an Frankfurt a. M. mag die einsichtigen Vertreter des bayerischen Volkswillens beherrscht haben. Auch die Erwägung, welche Folgen mit dieser separatistischen Eigenbrötlei verbunden gewesen wären, wird den Münchner Herren vor Augen geschwebt haben.

Die Gefahr einer Abspaltung vom großen Volksganzen hat Bayern übrigens in den letzten Tagen auch am eigenen Leibe empfunden, als die fränkischen Sozialisten erklärten, die Politik der Münchner Regierung nicht mitmachen zu wollen. Ein großer Teil Bayerns wäre auf diese Weise mit München in einen ökonomischen Konflikt geraten, wie München mit Berlin, und das wäre der Anfang des Chaos gewesen, das Frankreich so gerne auf uns herabbeschwören will. Bayern ist ein reiches Land; es besitzt die Mittel zur Ernährung seiner Bevölkerung in bedeutendem Maße. Allein es ist, wie jedes andere Land, das keine Vergewaltigung des Auslandes durch den Austausch der Güter angewiesen, und es hätte in Verlegenheit, wenn es das Nichts mit Berlin endgültig entzweieln könnte.

Das Reich hat wieder einmal einem schweren Sturm getrotzt. Bedeutet das Einlenken Bayerns in der Einwohnerwehren-Beweinung für Bayern selbst, so muß auch gesagt werden, daß das Reich als solches nach außen hin wieder fest dasteht. Die Reichsregierung muß bei den bevorstehenden, äußerst schwierigen Verhandlungen des Vertrauens der Bevölkerung und ihrer Führer sicher sein. Die Reichsregierung kann nun ihre Tatkraft der Bewältigung des Separationsproblems zuwenden, nachdem sie in der Lage ist, in der Entwaffnungsfrage so weit zu gehen, als sie es für notwendig hält.

Ein „Rein“ Heines

Stettin, 10. Februar. In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei äußerte sich Reichsjustizminister Heines über die Haltung der Regierung. Er sagte u. a.: Es ist mehr als fraglich, ob wir uns eine liberale Politik in diesem Augenblicke leisten können und ob nicht mehr Charakter dazu gehört, vorwärts zu sein und weise Zurückhaltung zu üben. Ein unvorsichtiges Vorgehen gegen die größten Mächte der Welt würde notwendigerweise zu unserem völligen Ruin führen. Wir müssen auch damit rechnen, daß wir wenig Freunde in der Welt haben. Reichsminister Heines hob in diesem Zusammenhang hervor, daß es dem Minister des Auswärtigen Dr. Simons gelungen sei, im neutralen Ausland und auch in Amerika weitgehendes Vertrauen zu erwerben. Wenn ein solcher Mann erkläre: Hier ist die Grenze, weiter können wir nicht, so könne das keine Entschuldigung sein. Heines erklärte sich aber bereit, daß es auf dem eingeschlagenen Wege gelingen würde, die unerhörten neuen Forderungen der Entente abzuwehren. Jedenfalls, so schloß er seine Ausführungen, werden wir diese Forderungen nie annehmen und auch nur nach London gehen, wenn wir die Garantie haben, daß dort wirklich vorzugehen ist.

Nochmals die Oberschule

Von
Student Dr. Ernst Roth (Leipzig).

In dem Auftrag des Präsidenten des Hessischen Landesamtes für Bildungswesen, Dr. Reinhard Sireker, in Nummer 70 des „Leipziger Tageblatt“ ist uns die hier folgende Erwiderung zugegangen, die wir als einen Beitrag zur Erörterung der wichtigen Schulfrage veröffentlichten.

Die Anhänger der deutschen Oberschule versuchen weitere Kreise für ihre Pläne zu gewinnen. Da ist es wohl an der Zeit, auch einmal Bedenken gegen diese neue Schulgattung anzusprechen.

Zwei Dinge sind es, die immer wieder vorgebracht werden: Erstens soll die neue Schule „eine vollständige Bildung auf dem Fundament deutschen Kulturgutes“ vermitteln. Deshalb soll nur eine Fremdsprache getrieben werden, und auch die Mathematik soll im Vergleich zu anderen Schulgattungen zurücktreten. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß auch die jetzt bestehenden höheren Schulen in die deutsche Kultur einführen wollen, und es wage sogar zu behaupten, daß sie dieses Ziel mit besseren Mitteln verfolgen als die Zukunftsschule. Die Frage ist nämlich: Wie lernt man deutsche Kultur kennen? Die jetzigen Schulen treiben fremde Sprachen nicht deshalb, weil fremdsprachliche Kenntnisse als Nachhaken für Bildung (Strecker schreibt „Gehilddienst“) gelten; denn dann wäre ja der sprachkundige Hotelportier der gebildete Mensch. Auch nicht deshalb, weil sich fremdsprachliche Arbeiten bequemer jenseitieren lassen. Diese treffliche Bemerkung erfordert wohl kaum eine ernsthafte Widerlegung. Es sind vielmehr andere Gründe, die mehrere Fremdsprachen an einer höheren Schule allerdings unentbehrlich machen: Die Sprache ist die Erzeugnisquelle der vornehmsten Verkörperung der Kultur eines Volkes. Wir treiben auf der Schule fremde Sprachen, um unseren Blick über die Grenzen des Deutschtums hinaus zu erweitern, und um durch den Vergleich mit dem Wesen anderer Völker, sei es moderner, sei es antiker Kultur, unser Deutschtum in seiner Eigenart besser und tiefer zu verstehen. Es ist unmöglich, hierauf ausführlich einzugehen, ein Bild wird vielleicht den Gedanken verdeutlichen: Wer fähig ist, das eigene Volk mit fremden Kulturen zu vergleichen, der überdauert etwas Ganzes von hoher Werte. Wer das Deutsche immer nur am Deutschtum studiert, der gleicht dem Gelehrten, der den Kölner Dom mit dem Mikroskop betrachtet.

Noch ein anderer Gesichtspunkt sei neben dem der Kulturvergleichung wenigstens angedeutet: Es ist zum Verständnis der Welt unentbehrlich, daß man sie historisch erfährt, daß man die Entstehung der Dinge und ihre Wechselwirkung untereinander verfolgt. Wie will man nun aber die deutsche Kultur verstehen, wenn man nicht ihr Hervorwachen aus dem griechisch-römischen Altertum, ihre fortwährende Befruchtung durch moderne und antike Kultur beobachten kann? Ich möchte also bezweifeln, daß eine Schule mit einer Fremdsprache das Wesen unserer Kultur wirklich vermitteln kann.

Außer dem Fundament der deutschen Kultur wird für die deutsche Oberschule stets ein zweites Argument angeführt, das offenbar aus der Besorgnis vor Einwänden hervorgegangen ist: Die neue Schule soll ebenso schwer sein wie die jetzigen Schulgattungen. Vielleicht ist es nicht überflüssig zu sagen, warum eine höhere Schule schwer sein muß. Kurz gesagt deshalb, weil wirkliche Bildung und geistige Arbeit eine Anlage und Fähigkeit des Denkens verlangt, wie sie von einer leichten Schule weder erkannt noch ausgebildet werden kann. Es ist ein großer Vorzug z. B. des Gymnasiums, daß es seinen Schülern eine Ausbildung der Denkfähigkeit mitgibt, und daß es durch die „schweren“ alten Sprachen manchen von der Unversität zurückhält, der nicht dorthin gehörte. (Ich spreche hier übrigens von den Schülern der Vorkriegszeit, nicht von den jetzigen, die unter dem Krieg und seinen Nachwirkungen noch schwer leiden.) Wenn wir uns nun daraufhin die deutsche Oberschule ansehen, so besitzen uns leider alle Versicherungen ihrer Anhänger nichts: Es wird von Fachleuten einfach bestritten, daß die neue Schule mit ihrer einen Fremdsprache und dem Zurücktreten der Mathematik die eben angeführten Voraussetzungen erfüllen kann. Gerade jetzt kann es zu schweren Erschütterungen unserer Schul- und Bildungsweissen führen, wenn eine Schule mit diesen Lehrplänen eingerichtet wird. Es dürfte auch Sache der Universität sein, sich hierzu zu äußern.

Man könnte noch auf manche Einzelheiten aus dem Auftrag von Strecker eingehen. Nur ein Punkt sei herausgehoben: Die „Anfängerschule“ soll einen Weg zur Unversität in sechs Jahren vermitteln. „Daß so etwas möglich ist, beweisen die Reformanstalten — nach Frankfurter System.“ Die Reformschulen, die ich kenne, sind neu klassisch, und ich bin durchaus nicht der Meinung, daß sie ihre Ziele erreichen würden, wenn man ihnen drei Jahre ihrer Aufbaue wegnähme.

Oesterreichs trostlose Finanzlage

Wien, 10. Februar. Die Staatsangestellten verlangen eine Zulage von monatlich 3000 Kronen. Finanzminister Dr. Grimm wird in der heutigen Sitzung des Nationalrates ein erschreckendes Bild der Finanzlage Oesterreichs entwerfen, in der er einen Nachtragskredit von 42 Milliarden Kronen einbringen wird, um dem erhell, daß das Defizit der Situation ist, daß der Fehlbetrag Mitte September v. J. mit 12 Milliarden berechnet worden ist, also demnach in fünf Monaten auf mehr als das Dreifache gestiegen ist.